

Mecklenburg-Vorpommern



Zentralabitur 2011

Geschichte und Politische Bildung

Aufgaben

Hinweise für den Schüler

- Aufgabenwahl:** Ihnen werden zwei Prüfungsarbeiten vorgelegt (Block I und II). Wählen Sie einen Block aus und bearbeiten Sie diesen. Ein Block besteht aus den Teilen A und B. Alle Prüfungsteilnehmer bearbeiten den Teil A. Prüfungsteilnehmer unter erhöhten Anforderungen bearbeiten die Teile A und B.
- Bearbeitungszeit:** Die Bearbeitungszeit beträgt 240 Minuten für den Teil A. Prüfungsteilnehmer unter erhöhten Anforderungen erhalten weitere 60 Minuten für den Teil B. Zusätzlich wird allen eine Einlesezeit von 30 Minuten für die Wahl der Aufgaben gewährt.
- Hinweis:** In den Quellen wird teilweise die alte Rechtschreibung angewendet.
- Hilfsmittel:** Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht die deutsche Sprache ist, können als zusätzliches Hilfsmittel ein zweisprachiges Wörterbuch in gedruckter Form verwenden. Näheres regelt die Schule.
- Sonstiges:** Alle Prüfungsunterlagen sind geschlossen zurückzugeben. Entwürfe zur Reinschrift können ergänzend zur Bewertung nur herangezogen werden, wenn sie zusammenhängend konzipiert sind und die Reinschrift etwa $\frac{3}{4}$ des erkennbar angestrebten Gesamtumfangs umfasst.

Block I**Thema: Die Verfassung der USA****- Teil A -**

Textgrundlage: Tagebuch von James Madison, in: Willi P. u. Angela Adams: Die Amerikanische Revolution in Augenzeugenberichten, dtv, München 1983, S. 338-342 (bearbeitet)

Die Verfassung der USA von 1787: (Zugriff am 30.11.2010)
<http://www.documentarchiv.de/in/usverf.html>

Aufgaben:

1. Analysieren Sie die Quelle T 1 und fassen Sie kurz die Positionen der einzelnen Delegierten zusammen.
2. Ordnen Sie die Quelle T 1 ein in die Entstehungsgeschichte der Verfassung der USA (vgl. T 2). Erarbeiten Sie die Interessengruppen, die in der Quelle sichtbar werden, und stellen Sie die Lösungsvorschläge der Präambel der Verfassung gegenüber.
3. Die Verfassung der USA war ein Produkt der europäischen Aufklärung. Setzen Sie sich mit dieser These auf der Grundlage der Quellen auseinander.
Nehmen Sie Stellung, ob sich die politische Situation der Farbigen in der heutigen amerikanischen Gesellschaft verbessert hat.

Gewichtung der Aufgaben in Teil A: 1 : 3 : 3

Textmaterialien zu Teil A

T 1 *Das Tagebuch von James Madison, dem führenden Verfassungsdelegierten aus Virginia, gibt die Tagung des Bundeskonvents von Philadelphia wieder, der von Mai bis September 1787 als Verfassungsgebende Nationalversammlung den Verfassungsentwurf beriet. Madison schreibt im Wechsel zwischen direkter und indirekter Rede und spricht auch von sich selbst in der dritten Person. Speziell geht es hier um die Frage, wie zur Berechnung der Abgeordnetenzahlen im Kongress die Bevölkerungszahlen der Einzelstaaten herangezogen und ob die Sklaven mitgerechnet werden sollten. Ein Kompromiss schlug vor, dass fünf Sklaven so viel wie drei Freie zählen sollten. Außerdem sollte der Sklavenhandel ab 1808 verboten werden.*

- 5 **James Madison (aus Virginia, am 30.6.1787)** sagte, die Staaten bildeten verschiedene Interessengruppen nicht nach ihrer Größe, sondern aufgrund anderer Umstände, deren wichtigste zum Teil klimatisch bedingt seien, hauptsächlich aber auf der Tatsache beruhten, ob diese Staaten Sklaven hätten oder nicht. Diese beiden Umstände zusammen lägen dem großen Interessengegensatz innerhalb der Vereinigten Staaten zugrunde: Er bestehe nicht zwischen den großen und den kleinen Staaten, sondern zwischen den nördlichen und den südlichen. Und wenn ein Schutz nötig sei, dann solle er diesen beiden Interessengruppen gewährt werden.

10 **James Wilson (aus Pennsylvania, am 11.7.1787)** vermochte nicht einzusehen, mit welchen Prinzipien man die Berücksichtigung der Schwarzen im Verhältnis 5 : 3 erklären könne. Gelten sie als Bürger? Weshalb gelten sie dann nicht als den Weißen gleich? Gelten sie als Eigentum? Weshalb werden andere Formen von Eigentum dann nicht ebenfalls mitgerechnet? Diese Schwierigkeiten müssten jedoch der Notwendigkeit eines Kompromisses untergeordnet werden. Er fürchte allerdings, dass der Versuch, Schwarze und Weiße zusammenzurechnen, bei der Bevölkerung Pennsylvanias Anstoß erregen werde.

15 **Mr. Martin (aus Maryland, am 21.8.)** schlug vor, das Verbot oder die Besteuerung der Einfuhr von Sklaven zu erlauben. Da fünf Sklaven wie drei Freie bei der Zuteilung der Abgeordneten gezählt werden sollten, bedeute eine solche Klausel eine Ermunterung dieses Handels. Die Sklaven schwächten einen Teil der Union, der dann von den anderen geschützt werden müsste: das Privileg, sie zu importieren, sei daher unvernünftig. Es sei mit den Prinzipien der Revolution unvereinbar und für den amerikanischen Ruf unehrenhaft, eine derartige Bestimmung in der Verfassung zu haben.

25 **Mr. Rutledge (aus South Carolina, am 21.8.)** sah nicht ein, wie die Einfuhr von Sklaven durch diesen Abschnitt ermuntert werden sollte. Er fürchtete keine Aufstände und sei nur zu bereit, die anderen Staaten von ihrer Pflicht zu entbinden, die Südstaaten davor zu beschützen. – Religion und Humanität hätten mit dieser Frage nichts zu tun. Interesse allein sei das beherrschende Prinzip von Nationen. Die wahre Frage sei jetzt, ob die Südstaaten Mitglieder der Union sein sollten oder nicht. Wenn die Nordstaaten ihrem Interesse folgten, dann würden sie sich nicht der Vermehrung der Sklaven widersetzen, denn Sklaven vergrößerten die Fracht, die von den Nordstaaten befördert werden würde.

30 **Mr. Ellsworth (aus Connecticut, am 21.8.)** war dafür, die Klausel so zu belassen, wie sie war. Man solle jeden Einzelstaat importieren lassen, was er wolle. Ob es moralisch oder klug sei, Sklaven zu halten, sei Sache der Einzelstaaten. Was einen Teil reich mache, mache das Ganze reicher und die Einzelstaaten könnten ihre speziellen Interessen am besten selbst beurteilen. Die alte Konföderation hätte sich in diese Frage nicht eingemischt, und er sehe keine dringendere Notwendigkeit, dies nun einer politischen Entscheidung der neuen zu überlassen.

35 **General Pinckney (aus South Carolina, am 21.8.):** South Carolina wird den Entwurf niemals annehmen, wenn dieser den Sklavenhandel verbietet. Bei jeder vorgeschlagenen Ausdehnung der Kompetenzen des Kongresses habe dieser Staat ausdrücklich und mit Vorbedacht einen Eingriff in den Import von Negern ausgenommen. [...]

40 **Oberst Mason (aus Virginia, am 22.8.):** Dieser höllische Handel habe seinen Ursprung in der Gewinnsucht britischer Kaufleute. Die britische Regierung habe die Versuche Virginias, ihn zu beenden, ständig behindert. [...] Das Problem betreffe nicht nur die importierenden Einzelstaaten, sondern die ganze Union. Wie gefährlich es sei, Sklaven zu haben, habe man im letzten Krieg erfahren. Wenn der Feind die Sklaven so benutzt hätte, wie er es hätte tun können, dann hätten sie sich als gefährliche Werkzeuge erweisen können. [...] Er erwähnte die gefährlichen Sklavenaufstände in Griechenland und Sizilien [...] Maryland und Virginia, sagte er, hätten die Sklaveneinfuhr schon ausdrücklich verboten. North Carolina hätte praktisch dasselbe getan. All dies wäre umsonst, wenn South Carolina und Georgia weiter importieren könnten. Die Leute im Westen verlangten bereits Sklaven für ihr neues Land; und sie würden diesen Teil des Landes mit Sklaven füllen, wenn sie sie über South Carolina und Georgia bekommen könnten. Die Sklaverei entmutige die Künste und das Gewerbe. Die Armen verachteten eine Arbeit, solange diese von Sklaven verrichtet werde. Sklaven verhinderten die Einwanderung von Weißen, die das Land wirklich bereichern und stärken würden. Sklaven brächten die übelsten Folgen für die Sitten mit sich. Jeder Herr über Sklaven werde als kleiner

55 Tyrann geboren. Sie lenkten den Zorn des Himmels auf ein Land. [...] Er hielt es in jeder

Hinsicht für wesentlich, dass die Regierung des Bundes das Recht haben sollte, das Anwachsen der Sklaverei zu verhindern.

60 **Oliver Ellsworth (aus Connecticut, am 22.8.1787):** Da er nie einen Sklaven besessen habe, könne er die Folgen der Sklaverei für den Charakter nicht beurteilen. Allerdings wenn man die Sklaverei moralisch betrachte, müsse man weitergehen und auch die Sklaven befreien, die schon im Land seien. Da sich die Sklaven in Virginia und Maryland so schnell vermehrten, dass es billiger sei, sie dort aufzuziehen, als sie einzuführen, während in den ungesunden Reissümpfen Nachschub aus dem Ausland notwendig sei, würden wir gegenüber South Carolina und Georgia ungerecht handeln. Wir sollten uns nicht einmischen. Mit der Vermehrung der Bevölkerung würde es so viele arme Arbeiter geben, dass die Sklaven überflüssig würden. 65 Sklaverei werde dann schließlich kein Schandfleck mehr für unser Land sein.

T 2 *Aus der Verfassung der USA vom 17. September 1787. Der kursiv gesetzte Text galt bis zur Verfassungsänderung von 1865.*

PRÄAMBEL

Wir, das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika, von der Absicht geleitet, unseren Bunde zu vervollkommen, die Gerechtigkeit zu verwirklichen, die Ruhe im Innern zu sichern, für die Landesverteidigung zu sorgen, das allgemeine Wohl zu fördern und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren, setzen und begründen diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika. 5

ARTIKEL I

Abschnitt 1. Alle in dieser Verfassung verliehene gesetzgebende Gewalt ruht im Kongress der Vereinigten Staaten, der aus einem Senat und einem Repräsentantenhaus besteht.

10 *Abschnitt 2.* Das Repräsentantenhaus besteht aus Abgeordneten, die alle zwei Jahre in den Einzelstaaten vom Volk gewählt werden. [...]

Niemand kann Abgeordneter werden, der nicht das Alter von 25 Jahren erreicht hat, sieben Jahre Bürger der Vereinigten Staaten gewesen und zur Zeit seiner Wahl Einwohner desjenigen Staates ist, in dem er gewählt wird.

15 Die Abgeordnetenmandate und die direkten Steuern werden auf die einzelnen Staaten, die dem Bund angeschlossen sind, im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl verteilt; *diese wird ermittelt, indem zur Gesamtzahl der freien Personen, einschließlich der in einem Dienstverhältnis stehenden, jedoch ausschließlich der nicht besteuerten Indianer, drei Fünftel der Gesamtzahl aller übrigen Personen hinzugefügt werden.*

Block I
- Teil B -

Textgrundlage: Artikel in: „Der Spiegel“ vom 21.10.2008
<http://www.spiegel.de/spiegelgeschichte/0,1518,585317,00.html>
(Zugriff am 30.11.2010)

Aufgabe 4: Erläutern Sie die Thesen des Textes. Setzen Sie sich mit der Sichtweise Dan Diners auf die Geschichte der USA auseinander, beziehen Sie dabei selbst gewählte Beispiele ein.

Gewichtung der Aufgaben in den Teilen A und B: 1 : 3 : 3 : 3

T 3 *Der deutsch-israelische Historiker Dan Diner hat in einem Essay „Vorreiter der Moderne“ von 2008 geschrieben:*

Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts diagnostizierte Hannah Arendt¹ in ihrem Buch „Über die Revolution“, mit der Gründung der Vereinigten Staaten sei die Geburt der Freiheit erfolgt. Dabei pries sie die Vorzüge der Amerikanischen Revolution - im Unterschied zur nachfolgenden Französischen Revolution. Ersterer sei es gelungen, politische Institutionen auf Dauer zu etablieren. Letztere sei hingegen von der ungelösten sozialen Frage in die Abgründe des Terrors gerissen worden. [...]

Demokratische Institutionen sind in der Tat das Herzstück der Vereinigten Staaten von Amerika. Während sich in der Alten Welt Völker und Nationen in langwierigen Kämpfen ihrer Anciens Régimes zu entledigen hatten, erfanden in der Neuen Welt die im Prinzip der Freiheit verankerten demokratischen und republikanischen Institutionen das amerikanische Volk. Ihm konnte sich jeder anschließen.

Von den Zugehörigkeiten der alten Welten her gesehen, handelt es sich bei Amerika um die Heimat von Fremden - um ein Land vormals Verfolgter oder vor dem Elend und dem Hunger Entronnener. Und es bleibt ein solches Land, auch wenn seine Bewohner in der Neuen Welt zu Wohlstand, gar zu Reichtum gelangt sind. Denn Amerika als Land von Einwanderern ist recht eigentlich ein Land der zweiten Wahl. Niemand verlässt grundlos seinen angestammten Ort, um in die Fremde zu ziehen. Dass Amerika über lange Zeit das ersehnte „Asyl Europas“ gewesen war, macht den traurigen Umstand nicht ungeschehen, dass es zugleich [...] die „Schlachtbank für Indianer“ und ein „Gefängnis Afrikas“ gewesen ist.

Was die Fremden zu Amerikanern macht, ist ihr Verfassungspatriotismus. Es ist zentrales Merkmal der Zugehörigkeit zum amerikanischen Volk. Dieser Verfassungspatriotismus und die Neutralisierung von Herkunft zugunsten von Zukunft bewirken, dass sich das Land ständig neu erfindet.

¹ Deutsch-jüdische Philosophin und Politologin (1906-1975)

Block II**Thema:** **Deutschland nach 1945 bis in die Gegenwart****- Teil A -****Textgrundlage:** Ansprache des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht im Fernsehen und im Rundfunk der DDR am 18. August 1961 (bearbeitet), in: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Band 10 Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, Reclam Stuttgart 1998, S. 415 f. (bearbeitet)**Aufgaben:**

1. Analysieren Sie die Quelle T 1 und geben Sie den Inhalt mit eigenen Worten wieder.
2. Gliedern Sie die Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses zwischen 1949 und 1990 in Phasen und ordnen Sie die Quelle darin ein. Arbeiten Sie für jede Phase die charakteristischen Bezüge heraus.
3. Erörtern Sie, wie in einer Demokratie – im Unterschied zur Diktatur – die politische Macht legitimiert ist und welche Rolle die Partizipation der Bürger spielt. Beziehen Sie in Ihre Ausführungen die Quelle und selbst gewählte Beispiele ein.

Gewichtung der Aufgaben in Teil A: 1 : 3 : 3**Textmaterial zu Teil A:**

T 1 Ansprache des Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht im Fernsehen und im Rundfunk der DDR am 18. August 1961

Meine lieben Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und liebe Freunde in Westdeutschland und Westberlin!

[...]

5 Die Arbeiter und mit ihnen alle ehrlichen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik atmen erleichtert auf. Das Treiben der Westberliner und Bonner Menschenhändler und Revanchepolitiker hatten alle satt. Mit wachsendem Zorn hatten sie zugesehen, wie sie von dem militaristischen Gesindel für dumm gehalten und bestohlen wurden. Unsere Geduld wurde von den Bonner Militaristen für Schwäche angesehen. Ein peinlicher Irrtum, wie sich inzwischen erwiesen hat.

10 Sie wissen [...], daß wir jahrelang beharrlich vorgeschlagen haben, alle irgendwie strittigen Fragen durch friedliche Verhandlungen und durch Vereinbarungen zu lösen. [...]
Aber wie haben die unbelehrbaren westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker auf unsere Angebote geantwortet? Die Regierung in Bonn hat sie [...] abgelehnt [...]. Kriegsminis-

15 ter Strauß beschleunigte die atomare Aufrüstung der unter dem Befehl von Hitlergeneralen stehenden Bonner NATO-Armee. Er erklärte in frechem Übermut, der Zweite Weltkrieg sei noch nicht beendet. Er knüpfte direkt an die abenteuerlichen Pläne Hitlers und Himmlers an. [...]

20 Um diese Gefahren für den Frieden unseres Volkes und auch der anderen Völker zu beseitigen, haben wir uns rechtzeitig mit unseren Freunden verständigt und uns darauf geeinigt, die gefährliche Situation zu bereinigen. Die Maßnahmen unserer Regierung haben dazu beigetragen, den in diesem Frühherbst 1961 durch die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker bedrohten Frieden in Europa und der Welt zu retten. Mögen auch die Bürger Westdeutschlands und Westberlins begreifen, daß es sehr wohl möglich ist, daß ihnen durch unsere Maßnahmen das Leben gerettet wurde.

25 Viele Bürger der DDR haben uns die Frage gestellt, weshalb wir denn so lange warteten, weshalb wir nicht schon früher die notwendigen Maßnahmen durchführten. Ich möchte ganz offen antworten: Einmal hatten wir den Wunsch, jede, aber auch jede Verständigungsmöglichkeit auszuschöpfen. Wir hatten rechtzeitig die Kriegsvorbereitungen der Bonner Regierung entlarvt. Ich habe an den Bonner Kanzler, Herrn Adenauer, geschrieben und ihn gewarnt.

30 Wir haben uns an die westdeutsche Arbeiterschaft gewandt und ihr erklärt, was sich in Westdeutschland zusammenbraut. Wir haben uns an alle Bürger Westdeutschlands gewandt, um ihnen klarzumachen, welche Verantwortung sie für das tragen, was in ihrem Lande geschieht. [...]

35 Ich muß schon sagen: Die Herren Adenauer und Strauß und ihre Hitlergenerale und Helfershelfer [...] haben bei ihrem Versuch, die DDR aufzurollen, keinen besonderen Einfallsreichtum bewiesen. Es gibt ja schließlich genügend Leute, die sich noch genau daran erinnern, wie Hitler seinen Überfall auf die Tschechoslowakei und dann auf Polen vorbereitet hat. Damals brachten der Rundfunk, der „Völkische Beobachter“ und die ganze Meute der Nazipresse wochen- und monatelang tagtäglich Meldungen von den armen bejammernswerten Flüchtlingen, von dem alten Mütterchen, das mit einem ganzen Schock kleiner Kinder über Grenzbäche und sonstige Hindernisse sprang, nur um sich heim ins Reich, in die „Freiheit“ zu retten. Dazu kam eine verlogene Propaganda über Selbstbestimmung. Selbstbestimmung nämlich nach dem Rezept der deutschen Imperialisten, die selbst bestimmen wollten, welches Land ihre nächste Beute sein sollte.

45 In genau derselben Weise [...] wurde 1961 versucht, die Deutsche Demokratische Republik zu diffamieren, ihre Bürger zu verwirren, bei Leuten mit schwachem Standvermögen Panik auszulösen, und den Boden für die Aggression zu bereiten.

50 Für jeden, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, wurde es offenkundig, daß Westberlin in der Tat ein äußerst gefährlicher Kriegsbrandherd ist, der zu einem zweiten Sarajevo werden kann. Immer mehr Menschen in Deutschland wie auch in anderen Ländern kamen zu der Einsicht, daß es nicht mehr genügt, allgemein über den Frieden zu reden. Es mußte vielmehr dafür gesorgt werden, daß der Brand, der in Westberlin angeblasen worden war und der auf die Häuser der Nachbarn überspringen sollte, rechtzeitig unter Kontrolle kam. [...]

Block II - Teil B -

Textgrundlage: Rede von Bundeskanzlerin Merkel auf der Festveranstaltung „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“; 12.06.2008 in Berlin. 2010 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; in:
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/06/2008-06-12-rede-merkel-60-jahre-soziale-marktwirtschaft.html> (Zugriff am 28.9.2010, bearbeitet)

Aufgabe 4:

Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems bedeutete auch ein Scheitern der Planwirtschaft. Stellen Sie die Grundsätze der Planwirtschaft denen der Marktwirtschaft gegenüber.
 Diskutieren Sie, inwiefern die soziale Marktwirtschaft den Herausforderungen der Gegenwart gewachsen ist. Beziehen Sie in Ihre Ausführungen die Rede von Angela Merkel ein.

Gewichtung der Aufgaben in den Teilen A und B: 1 : 3 : 3 : 3

Textmaterial zu Teil B

T 2 „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ – Rede von Angela Merkel

[...]

Verehrte Gäste, Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, meine Damen und Herren, in diesem Monat jährt sich einer der großen Jahrestage unseres Landes. Wir feiern eine der wirkungsmächtigsten positiven Zäsuren, die unser Land erlebt hat. Vor 60 Jahren erhielt die Freiheit in unserem Land ihre wirtschaftliche Grundlage.

5 Wir feiern den politischen Mut, mehr Freiheit zu wagen und zu gewinnen. Wir feiern einen großen Gestalter unseres Landes und seine Gabe, die Menschen selbst zu Gestaltern ihres Schicksals zu machen. Wir feiern die Soziale Marktwirtschaft und mit ihr den Mann, der sie prägte und durchsetzte: Ludwig Erhard.

10 Heute ist es kaum noch möglich [...], die Lage vor 60 Jahren zu erfassen. Das Land ist zerstört. Ruinen zeichnen die Städte. Die unermesslichen Gräuel des Nazi-Terrors und des Krieges haben Millionen mit dem Leben bezahlt und die Deutschen, von denen sie ausgingen, in der Welt geächtet. Millionen sind vertrieben, das Land ist besetzt, es droht die Spaltung. Die Wirtschaft liegt danieder, das Geld ist nichts wert. Viele hungern.

15 In dieser Situation hat Ludwig Erhard eine Idee. Er erkennt: Ich muss den Menschen ihre Freiheit lassen und sie werden das Beste daraus machen. Das ist ein unerhörter Gedanke. Es ist, würde ich sagen, ein revolutionärer Gedanke gewesen. Dieser Gedanke hat die Deutschen verändert. [...]

20 Aus Verantwortungsfreude macht Erhard das, was ihm sein Verstand und sein Gewissen raten: eine Wirtschaftsreform. Denn er ist überzeugt: Eine Währungsreform ohne Wirtschaftsreform – das muss scheitern. Eine Währungsreform mit Wirtschaftsreform – das muss gelingen. Die neue Währung sollte das Symbol für eine neue Zeit sein, die Umstellung der Startschuss für ein sich erholendes Land – ein großer Aufbruch. Dafür müssen, das ist Erhards Überzeugung, vor allen Dingen die Fesseln fallen, die das wirtschaftliche Leben einschnüren. [...]

25 Erhard denkt nicht in den Kategorien des Status quo. Erhard sieht die Energie der Eigeninitiative. Erhard spürt die Kraft der Freiheit, um das zentrale Versprechen seiner Sozialen Marktwirtschaft für jeden einzelnen Menschen einzulösen: Einstieg und Aufstieg zu ermöglichen, entsprechend den individuellen Fähigkeiten und Neigungen.

- 30 Genau diese Energie der Eigeninitiative, diese Kraft der Freiheit waren es im Übrigen auch, die es uns möglich gemacht haben, 1990 die Deutsche Einheit zu gestalten. Trotz allem, was noch zu bewältigen ist, sollten wir nie vergessen: In weniger als 20 Jahren Deutscher Einheit ist es gelungen, 40 Jahre Planwirtschaft und die daraus entstandenen Schäden zu überwinden. Das ist alles in allem für Deutschland eine riesige Erfolgsgeschichte.[...]
- 35 Jeder von uns weiß und erlebt es: Seit 1948 hat sich die Welt verändert. Wir fassen das heute in einem Stichwort zusammen: Globalisierung. Es bringt diese Veränderung auf den Punkt. Diese Globalisierung bringt eine Entwicklung mit sich, von der Erhard sicher kaum zu träumen gewagt hatte: Die Entwicklung, dass sich die klassischen Planwirtschaften dieser Welt, wie wir sie insbesondere bis zum Ende des Kalten Krieges kannten, weitgehend aufgelöst haben.
- 40 Aber diese Entwicklung hält auch eine für uns neue Erkenntnis bereit: Ging Erhard davon aus, dass eine freie, nicht vom Staat dirigierte Wirtschaft geradezu zwangsläufig eine demokratische Staatsform mit sich bringt, ist das heute nicht so eindeutig. Denn während alle Demokratien eine freiheitliche Wirtschaft haben, so gilt der Umkehrschluss nicht zwangsläufig. Wer die Wirtschaft von staatlichen Fesseln befreit, schafft damit also noch nicht automatisch eine Demokratie.
- 45 Ich bin davon überzeugt: Genau darin besteht eine der ganz großen Herausforderungen für uns heute – in einer Zeit, in der sich die Globalisierung, also das Zusammenrücken der Welt, geradezu spürbar exponentiell beschleunigt. Wir müssen im Wettbewerb mit marktwirtschaftlichen Strukturen in anderen Ländern bestehen, die noch nicht zwangsläufig Demokratien sind. Ich sage aber auch bewusst: noch nicht. [...]